

Die Angehörigen leisten unverzichtbaren Pflegedienst

Zusammen mit Gemeinden und Kantonen will der Bund pflegende Angehörige besser unterstützen. Es liege im Interesse der Gemeinden, sich der Thematik anzunehmen, sagt eine Expertin.

Sie tun es aus Liebe. Aus Dankbarkeit. Oder weil sie sich verpflichtet fühlen. Tausende Töchter, Söhne, Partnerinnen und Partner in der Schweiz lassen ihre Nächsten nicht im Stich, wenn diese im Alter oder wegen einer Krankheit pflegebedürftig werden. Allein unter den Erwerbstätigen übernehmen rund 330 000 Personen regelmässig Betreuungs- und Pflegeaufgaben bei Angehörigen, wie der Bundesrat in seinem Ende 2014 veröffentlichten Bericht festhält. Die Einsätze sind viel wert. Rund 64 Millionen Pflege- und Betreuungsstunden leisteten Angehörige im Jahr 2013. Dies ergab eine letztes Jahr publizierte Studie des Spitex-Verbands Schweiz. Müsste die Gratisarbeit bezahlt werden, kostete dies 3,5 Milliarden Franken. Das Gesundheitswesen würde sich massiv verteuern. Zum Vergleich: Der Aufwand aller Spitex-Organisationen lag 2012 bei 1,8 Milliarden Franken.

Existenz nicht gefährden

Weil es mehr Betagte geben wird und Demenzerkrankungen zunehmen, wird künftig noch mehr Pflege nötig sein. Doch für immer mehr institutionelle und professionelle Pflege stünden weder die finanziellen Mittel noch genügend Fachpersonal zur Verfügung, warnt die Landesregierung in ihrem Aktionsplan. Dazu kommen veränderte Rahmenbedingungen. Zwar pflegen immer noch mehrheitlich Frauen die Angehörigen. «Doch das traditionell weibliche Care-Regime in Familien und Partnerschaften gerät aus den Fugen», sagt die Wissenschaftlerin Iren Bischofberger vom Forschungsinstitut Careum der Kalaidos Fachhochschule Gesundheit. Sie beschäftigt sich seit Jahren mit der Thematik, die nun auch in den Fokus der Politik gerückt ist. Familien würden kleiner oder lebten über den Erdball verstreut. Zudem seien immer mehr Frauen gut ausgebildet und wegen steigender Erwerbsquote nicht mehr «endlos und unbezahlt» verfügbar.

Chronische Besorgnis, soziale Isolation und Überlastung sind zudem Stressfaktoren, die pflegende Angehörige krank

machen können. Und manchmal sind Laufbahn und materielle Existenz gefährdet. Pflegende Töchter reduzieren häufig ihr Arbeitspensum oder geben ihren Beruf ganz auf. Damit gewärtigen sie Lohnausfälle und Renteneinbussen. Abfederungsmöglichkeiten gibt es heute schon, wie etwa Betreuungsgutschriften für die spätere AHV-Rente. Doch das alles ist kaum bekannt. Der bundesrätliche Aktionsplan sieht nun unter anderem vor, pflegende Angehörige besser zu in-

«Das traditionell weibliche Care-Regime gerät aus den Fugen.»

formieren, sie rechtlich stärker abzusichern und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu gewährleisten. Zum Teil liegt der Ball klar beim Bund. So wird ein Betreuungsurlaub mit Lohnfortzahlung geprüft, finanziert über eine Sozialversicherung. Dies bräuchte eine Gesetzesänderung auf nationaler Ebene.

Doch auch Kantone, Gemeinden, Unternehmen und private Organisationen sind in den Aktionsplan eingebunden. Eine Bestandesaufnahme



Weil die Zahl der Betagten wächst und Demenzen zunehmen, wird zukünftig noch mehr Pflege nötig sein.

Bild: Schweiz. Alzheimervereinigung Ri/Sz



Die Angehörigenpflege ist eine der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Bild: Ursula Meisser, ©Age Stiftung

zuzuhenden des Bundesrates zeigt, welche kommunalen Angebote es heute schon gibt. Von den über 2350 Schweizer Gemeinden haben sich je nach Fragestellung zwischen 1166 und 1350 an der Onlineumfrage beteiligt. Die Ergebnisse sind auf der Website des Bundesamts für Gesundheit detailliert nachzulesen. Die Angebote reichen von rechtlicher Beratung, administrativer Unterstützung, Informationswebsites und Schulung über die Vermittlung von Dienstleistern bis zu Besuchs- und Transportdiensten oder Hilfsmittelverleih. Oft bieten das nicht die Gemeinden selber an, sondern Organisationen wie Krebs- oder Lungenliga, Pro Senectute, Pro Infirmis, das Rote Kreuz oder auch die Alzheimervereinigung.

Spitex wichtig, Lücken beim Rest

Eine zentrale Rolle spielt – wenig überraschend – die Spitex mit ihren Pflege- und Hauswirtschaftsleistungen. Lücken ortet die Studie bei Entlastungsangeboten wie Tages- und Nachtstätten, in deren Obhut die Pflegebedürftigen vorübergehend gebracht werden können. Nachtstätten stehen in weniger als einem Drittel der Gemeinden zur Verfügung. Die Einschätzungen, ob es solche Angebote braucht, sind jedoch auffallend unterschiedlich. Kantone und Gemeinden – wichtige Finanzierungsträger also – finden mehrheitlich, der Bedarf sei gedeckt. Die Spitex und andere Organisationen im Feld stellen hingegen eine Unterversorgung fest. Im

Bericht werden die unterschiedlichen Beurteilungen auf «Interessenlagen» und «mögliche Kenntnislücken der Befragten» zurückgeführt.

Wie Opfikon Angehörige entschädigt

Einige wenige Kantone und Gemeinden richten direkte finanzielle Beiträge an pflegende Angehörige aus (siehe Kasten). Unter ihnen Opfikon im Kanton Zürich: Wer in der über 16000 Einwohnerinnen und Einwohner zählenden Kleinstadt jemanden im gleichen Haushalt mindestens drei Stunden täglich pflegt, erhält pro Tag 1,5 Stunden von der Gemeinde vergütet. Die Spitex klärt den Bedarf und die Berechtigung ab, die Gemeinde schliesst mit den Angehörigen einen Vertrag ab. Abgegolten werden Pflegeleistungen wie Blutdruck messen, Verbände anlegen und Hilfe bei Mund- und Körperpflege. Pro Pflegevertrag rechnet Opfikon mit Kosten von jährlich rund 10000 Franken. Derzeit laufen zwei solche Verträge. «Im gewohnten Umfeld verbleiben zu können, bedeutet Lebensqualität», sagt Walter Bickel, Leiter der Abteilung Gesellschaft in der Opfikoner Gemeindeverwaltung. Die Arbeit der pflegenden Angehörigen werde anerkannt. Gleichzeitig lasse sich eine Heimeinweisung hinauszögern oder vermeiden, was Kosten spare. Auch die Spitex werde von zu hohem Pflegeaufwand entlastet. Betreuungszulagen trügen dazu bei, den Grundsatz «ambulant vor stationär» umzusetzen,

sagt Bickel. Es brauche aber verschiedene Angebote, häusliche Pflege sei nicht für alle richtig. Es komme darauf an, ob Wohnungen alters- und behindertengerecht ausgestattet und Angehörige verfügbar seien. Zudem könne es bei Demenz für pflegende Angehörige zu viel werden: «Dann ist ein Heimeintritt ratsamer.»

Gemeinden als Arbeitgeber gefragt

Auch für Fachfrau Iren Bischofberger sind Betreuungszulagen nur eine von mehreren Möglichkeiten. Es handle sich lediglich um einen finanziellen Zustupf, zudem seien die Beiträge oft nicht sozialversicherungspflichtig: «Deshalb ist der sozialen Sicherheit der Angehörigen kaum gedient.» Gemeinden können laut Bischofberger auch auf andere Weise dazu beitragen, dass ihre Einwohnerinnen und Einwohner Beruf und Pflege unter einen Hut bringen. Zum Beispiel als Arbeitgeber. Mit Arrangements wie flexiblen Arbeitszeiten oder der Erlaubnis, bei der Arbeit telefonisch erreichbar zu sein, werde es Gemeindeangestellten ermöglicht, für Pflegeaufgaben verfügbar zu sein. Gemeinden und Kantone könnten zudem mithelfen, lokale Unternehmen für eine bessere Vereinbarkeit zu sensibilisieren, und via Leistungsverträge auf Spitex und Pflegeheime einwirken: «Die Leistungserbringer im Gesundheitswesen sollten ihre Angebote personell und strukturell stärker auf die Bedürfnisse

Häusliche Pflege ist nicht für alle die richtige Lösung.

Pflegezulagen

Derzeit richten fünf Kantone – Basel-Stadt, Freiburg, Tessin, Waadt, Wallis – und mindestens elf Gemeinden finanzielle Beiträge an pflegende Angehörige aus: Allschwil, Muttenz, Laufen, Schönenbuch, Arlesheim (alle BL), Opfikon (siehe Haupttext) und Hedingen (ZH), Meierskappel (LU), Küssnacht (SZ), Altstätten (SG) und Schaffhausen. Als Gründe für die direkten Zulagen, die unabhängig von Ergänzungsleistungen gewährt werden, nennen die Verantwortlichen unter anderem die Anerkennung der Angehörigenpflege, das Schaffen entsprechender Anreize und das Vermeiden von Heimeinweisungen. Letzteres soll auch dazu beitragen, dass weniger stationäre Pflegeplätze geschaffen werden müssen.

swe

pflegender Angehöriger ausrichten, vor allem, wenn diese berufstätig sind.» Gefragt sei ein konsequenteres Case Management. Je nach Verlauf der Krankheit oder Behinderung der gepflegten Person müssten Angehörige heute Hilfsmittel organisieren, Koordinationsaufgaben übernehmen oder Rechnungen von vielen verschiedenen Leistungserbringern zahlen: «Das sprengt das Zeitbudget sehr rasch.» Ähnlich wie die Gesellschaft die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern fördere, brauche es dies nun auch bei der Angehörigenpflege, sagt Bischofberger. Pflegende Angehörige im Arbeitsleben zu halten, sei eine innovative Antwort auf den Fachkräftemangel und liege im Interesse der Gemeinden. Nicht nur, indem Pflegekosten reduziert werden, sondern auch mit Vorteil für den Fiskus: «Einwohnerinnen und Einwohner, die Beruf und Pflege vereinbaren können, bleiben den Gemeinden als Steuerzahler erhalten.» Die Expertin ist überzeugt: Eine Gemeinde, die sich in der alternden

Iren Bischofberger

Die Pflege- und Gesundheitswissenschaftlerin leitet das Projekt «work & care». Sie untersucht, was die Doppelbelastung von Job und Pflege für den Einzelnen und die Gesellschaft bedeutet.



Gesellschaft als «vereinbarungsfreundlich» positioniert, gewinnt einen Standortvorteil.

Susanne Wenger

Informationen:
www.tinyurl.com/p94plf3
www.workandcare.ch

«Socius» – grosses Interesse

Wie können Angebote für ältere Menschen besser koordiniert werden? Die Age Stiftung will diese Frage beantworten. Ziel sind gut zugängliche und bezahlbare Angebote. Die Ausschreibung war mit 50 Eingaben ein Erfolg.

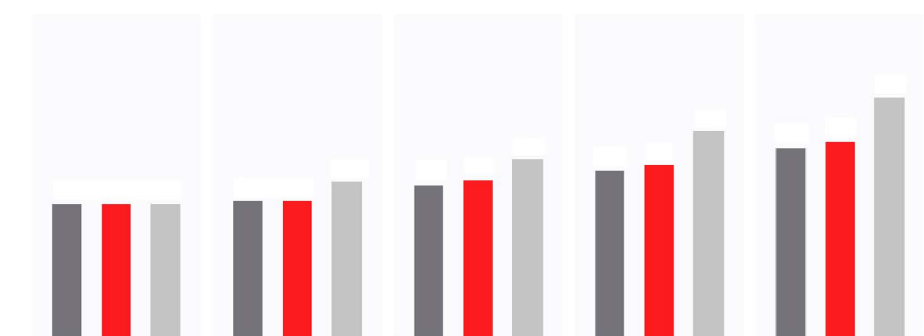
Insgesamt sind 50 Projektskizzen bei der Age Stiftung eingegangen. Die Absender der Projekte sind heterogen. Es sind Private, Leistungserbringer aus dem Gesundheitswesen, aber auch politisch Verantwortliche wie Sozialvorsteher aus Städten. Sie kommen aus der gesamten deutschsprachigen Schweiz und möchten ihre Vorhaben in Städten, Gemeinden, Regionen, Bezirken, aber auch Kantonen umsetzen. «Wir sind überwältigt vom grossen Interesse, welches das Programm «Socius» ausgelöst hat», sagt die Programmleiterin, Chris-

tiana Brenk von der Age Stiftung, «unser Programm wurde offenbar breit wahrgenommen und hat viele Akteure angesprochen.» Viele alte Menschen sind für den Erhalt ihrer Selbstständigkeit früher oder später auf Hilfe angewiesen. Oft ist nur wenig Hilfe nötig, zuweilen aber aufwendige Pflege oder kontinuierliche Unterstützung. Das Programm Socius der Age Stiftung hat zehn Gemeinden oder Regionen gesucht, die den Aufbau und Betrieb von bedürfnisorientierten Unterstützungssystemen für ältere Menschen organisieren möchten. Das Programm

will dazu beitragen, einzelne Angebote effektiver aufeinander abzustimmen, den Zugang für ältere Menschen zu erleichtern und Lücken zu schliessen. Im Fokus des Programms stehen der Aufbau und der Unterhalt von Netzwerken, in denen die Beteiligten partnerschaftlich zusammenarbeiten. Das Ziel ist, Unterstützungssysteme zu schaffen, die zugänglich und bezahlbar sind.

Die Mehrheit der Projekte weist bereits eine Vernetzung auf. Der Fokus liegt darauf, die Angebote zu koordinieren. 45 Bewerber haben die Einladung erhalten, ihr Vorhaben bis Ende März detailliert zu beschreiben. Eine interdisziplinäre Begleitgruppe wird zusammen mit der für das Programm verantwortlich zeichnenden Geschäftsführerin der Stiftung und der Programmleiterin das Auswahlverfahren durchführen und die Projekte beurteilen. In der Juni-Ausgabe wird die Age Stiftung bekannt geben, welche zehn Projekte am Programm teilnehmen können.

red



Die Zahl Pflegebedürftiger über 65 Jahre wird steigen. Je nach Szenario werden 100 000 oder 50 000 zusätzliche Pflegebedürftige erwartet.

Quelle age-report.ch

Informationen:
www.programmsocius.ch